

Günter Bell

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Universität Dortmund

Fakultät für Raumplanung

Fachgebiet Raumordnung und Landesplanung (RLP)

44221 Dortmund

Telefon: (0231) 755 - 2265

E-Mail: guenter.bell@uni-dortmund.de

Internet: <http://www.raumplanung.uni-dortmund.de/rlp/>

Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in „sozialen Brennpunkten“

Thesepapier zum SRL-Planerstammtisch am 03. Mai 2004:

Gegenstand meiner Untersuchung war die Stadterneuerungspolitik der 1990er Jahre in den Stadtteilen Dortmund-Nordstadt und Duisburg-Marxloh. Im folgenden sollen ausgewählte Ergebnisse zur Diskussion gestellt werden.

1.

Auf die Frage, welche „**soziale Mischung**“ die richtige ist, kann nur dann eine produktive Antwort gegeben werden, wenn man

erstens klärt, um welche Stadtteile es genau geht

(innerstädtische gründerzeitliche Stadtteile oder Wohnsiedlungen am Stadtrand),

zweitens von welcher Art der residentiellen Segregation man spricht

(freiwillige, „funktionale“ Segregation oder erzwungene, „strukturelle“ Segregation)

und

drittens welche Bevölkerungsgruppen „sozial gemischt“ wohnen sollen

(Unterscheidung zwischen sozio-ökonomischer und ethnischer Segregation).

2.

Die Migrantinnen und Migranten konzentrieren sich vor allem in solchen Quartieren, die als Orte sozialer Benachteiligung charakterisiert sind, und treffen dort in der Regel auf solche Deutsche, die ihrerseits die Verliererinnen und Verlierer des Strukturwandels sind.

Eine Bezeichnung dieser Stadtteile als „Ausländerghettos“ wird von mir verworfen. Sinnvoller ist eine Kennzeichnung als „**ethnische Kolonien**“. Als solche können kleinräumig segregierte Wohngebiete definiert werden, in denen hohe Wohnkonzentrationen von Migranten zur Herausbildung ethnischer Selbstorganisationen, Netzwerke, ethnischer Ökonomie und nichtgewerblicher Dienstleistungen geführt haben.

3.

Ich fordere die Stadtpolitik dazu auf, **sozio-ökonomische Segregation** aufzulösen bzw. zu vermeiden, **ethnische Segregation** für den Fall, dass sie die Form einer freiwilligen, funktionalen Segregation hat, zu dulden bzw. behutsam zu fördern, jedoch zu verhindern, dass sich die ethnischen Kolonien zu statischen und geschlossenen Gebilden entwickeln.

4.

Die angestrebte heterogene Bevölkerungszusammensetzung ist mit planerischen Mitteln jedoch offensichtlich kaum herstellbar. Die realen ökonomischen und gesellschaftlichen Gegenkräfte setzen sich gegen alle planerischen Vorgaben immer wieder aufs Neue durch.

Damit steht die Stadtpolitik vor einem **Dilemma**:

Einerseits sollte sie Armutskonzentrationen auflösen und Übergänge aus ethnischen Kolonien in die Mehrheitsgesellschaft fördern,

andererseits schwinden zusehends die Mittel, um dieser Aufgabe gerecht zu werden, während die ökonomischen und gesellschaftlichen Trends auf eine Verstärkung sowohl der sozio-ökonomischen als auch der ethnischen Segregation hinwirken und die Integration der Migranten zunehmend erschweren.

5.

Die **Stadterneuerungsprogramme** haben viele der baulichen und städtebaulichen Mängel beseitigt. Die sozialen Problemlagen sind jedoch unverändert vorhanden, ja haben sich in mancher Hinsicht sogar weiter verschärft. Auch konnten durch die Stadterneuerungsprogramme keine nennenswerten Veränderungen der Sozialstruktur erreicht werden.

6.

Bei allen drei untersuchten Indikatoren, die auf eine **sozial belastete Lebenssituation** hinweisen (Arbeitslosigkeit, Sozialhilfebezug und Bezug von Leistungen des Arbeitsamtes), ist das gleiche Schema erkennbar:

Zwischen den Ausländern, die in den beiden untersuchten Stadtteilen wohnen, und denjenigen, die in anderen Stadtteilen wohnen, ergeben sich hinsichtlich dieser Indikatoren keine auffallenden Abweichungen. Ganz anders stellt sich die Lage bei den Deutschen dar. Während ihre soziale Lage im gesamtstädtischen Durchschnitt jeweils deutlich besser ist als diejenige der Ausländer, belegen die Werte für diejenigen Deutschen, die in der Nordstadt oder in Marxloh wohnen, dass sie sich in einer gleichermaßen schlechten sozialen Lage befinden wie die Ausländer. Beide Stadtteile scheinen also v.a. von solchen Deutschen bewohnt zu werden, die als Arbeitslose und/oder Sozialhilfeempfänger über einen unterdurchschnittlichen Sozialstatus verfügen.